

N i e d e r s c h r i f t **der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen und** **städtische Beteiligungsverwaltung am 13.01.2004**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal

Zeit: 16:30 Uhr bis 20:25 Uhr

Anwesend sind:

Herr Armin Voß	SPD
Herr Werner Misch	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Frau Marion Krischok	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Karl-Heinz Dreizehner	SPD
Frau Sabine Wolff	HAL
Herr Friedemann Scholze	FDP

Entschuldigt fehlen:

Herr Prof. Dr. Dieter Schuh UBF

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der
Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Protokoll:

Herr Voß eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Funke bat, die betreffenden Unterabschnitte usw. des Eigenbetriebes für Zentrales Gebäudemanagement in der heutigen Sitzung nicht zu behandeln, da der Wirtschaftsplan 2004 noch nicht verwaltungsintern endabgestimmt vorliege.

Wiedervorlage am 03.02.2004.

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde ohne Änderungen oder Ergänzungen beschlossen:

3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004,
 Haushaltskonsolidierung
 Büro der Oberbürgermeisterin
 Geschäftsbereich Zentraler Service
 Vorlage: III/2003/03754
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. Anfragen von Stadträten
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen

zu 3 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, Haushaltskonsolidierung - Büro der Oberbürgermeisterin - Geschäftsbereich Zentraler Service Vorlage: III/2003/03754

Protokoll:

Herr Funke gab einen Überblick über die Eckwerte des momentanen Standes der Haushaltsplanung und ging besonders auf die vor der Sitzung übergebene Zuarbeit des GB I, Ressort Kämmerei vom 12.01.2004 zu den Auswirkungen des FAG auf die Stadt Halle

(Saale) ein. Demnach verschlechtere sich schätzungsweise die Haushaltslage im Verwaltungshaushalt in dem Bereich der Allgemeinen Zuweisungen im Höhe von 4 Mio. € und durch die verschobene Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe um 12,1 Mio. €. Der Vermögenshaushalt sei mit einer Minderung der Investitionshilfen im Höhe von 1,7 Mio. € betroffen. Insgesamt ergebe das eine Verschlechterung insgesamt um 7,2 Mio. €.

Bei einer Prognose des jetzigen Standes müsse davon ausgegangen werden, dass der geplante Ausgleich des Haushaltes 2008 leider nicht geschafft werden könne. Er gehe von einem Defizit in Höhe von 3 Mio. € aus.

Die aufzunehmenden notwendigen Kassenkredite werden im Jahr 2004 ca. 100 Mio. € erreichen.

Die zu erwartenden Einnahmen aus der Auflösung der MIDEWA und den Anteilsverkauf an der DSM können zur Zeit nicht genau beziffert werden, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen und die Zahlungsflüsse noch nicht bestimmbar seien.

Auf Nachfrage erläuterte Frau Müller, dass die FAG-Abrechnung für 2002 im Haushaltsplanentwurf berücksichtigt wurde, die Novembersteuerschätzung 2003 jedoch aufgrund des zeitlichen Verfahrens der Haushaltsplanaufstellung keine Auswirkungen auf den Entwurf 2004 entfalten konnte.

(Auf die als Anlage 2 beigefügten Anlagen wird verwiesen.)

An der Diskussion beteiligten sich Frau Weiß, Frau Dr. Wünscher, Frau Krischok, Frau Wolff, Herr Voß, Herr Dr. Meerheim, Herr Godenrath und Herr Dreizehner.

Bezüglich der allgemeinen Personalkostenentwicklung zeigte Herr Lönnecke anhand eines Folienvortrages (siehe Anlage 3)

- den Anteil der bei der Stadtverwaltung beschäftigten Angestellten, Beamten und Arbeiter;
- den Abbau der Beschäftigtenzahlen seit 1992 mit Prognose bis 2007;
- die Entwicklung der Personalkosten seit 1992 mit Prognose bis 2007;
- die Zunahme der Tarifangleichung Ost / West;
- die finanziellen Ergebnisse des Tarifvertragsabschlusses von November 2003 sowie
- die Einsparungen durch den Tarifvertrag und die personalwirtschaftlichen Maßnahmen von 2004 – 2006

auf.

Herr Lönnecke erläuterte auf Nachfrage, dass evtl. entstehende Kosten durch die Klagen von ehemaligen Kindergärtnerinnen in der Position Abfindungen (2 Mio. €) berücksichtigt wurden.

Mehrarbeitszeit dürfte rein rechnerisch durch die Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit aufgrund des Tarifvertragsabschlusses nicht entstehen, da durch die Fachkonzepte ein personeller Überhang von ca. 12 % nachgewiesen wurde. Zur Zeit werde intensiv von den Geschäftsbereichen in enger Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Organisations- und Personalservice geprüft, in welchen Fachbereichen evtl. Umsetzungen notwendig werden und wie in einzelnen Bereichen die Arbeitsorganisation evtl. effektiver gestaltet werden könne. Diese Prüfung, ergänzte Herr Funke, wird auch in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft ver.di intensiv in einem Fachbereich als „Muster“ durchgeführt.

Bereich Oberbürgermeisterin

Fachbereich Büro der Oberbürgermeisterin - Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 0000 - Stadtrat und Ausschüsse

Die Verwaltung wurde gebeten, die Ausgaben für ehrenamtliche Tätigkeiten (siehe Vorbericht Seite 57) zu überprüfen und die Steigerung zu erläutern.

Auf Nachfrage erläuterten Herr Winkelmann und Herr Nagel die Entstehung der Mietausfallwagniskosten. Im Ergebnis der Diskussion ergab sich, dass die Bezeichnung besser in Mietausfallumlage geändert werden sollte.

Unterabschnitt 0010 – Büro der Oberbürgermeisterin

Frau Unger erläuterte, dass sich die Geschäftsausgaben erhöht haben, weil die Co-Reformer in die Geschäftsbereichsbüros eingegliedert wurden sowie die Geschäftsstelle für 1200 Jahre Halle und die Mitarbeiter der Haushaltskonsolidierung.

Die Gutachterkosten seien für die Begleitung des Gründungsverfahrens für die Anstalt öffentlichen Rechts für das Beteiligungscontrolling eingeplant.

Unterabschnitt 0020 – Geschäftsstelle Stadtrat

Frau Unger führte aus, dass mehr Veranstaltungen in diesem Jahr durchgeführt werden, deshalb seien für Sachausgaben eigener Veranstaltungen mehr finanzielle Mittel eingeplant worden. Richtiger wäre als Bezeichnung für diesen Unterabschnitt die Ergänzung Team Protokoll.

Herr Lönnecke und Frau Andres erläuterten, dass die Personalkosten durch organisatorische Veränderungen sowie den nicht durchgeführten Wechsel von Personal zum EB ZGM entstanden seien.

Die Verwaltung wurde gebeten, diese Erläuterungen schriftlich zuzuarbeiten und weiterhin die Veränderungen bezüglich Herrn Tepassee und des neuen Beigeordneten einzuplanen.

Unterabschnitt 0100 – Rechnungsprüfung

Frau Brünler-Süßner erläuterte, dass das IST 2003 für Gutachterkosten 51,4 T € betrage, die SAP-Prüfung aber noch nicht abgeschlossen sei.

Unterabschnitt 0810 – Personalrat

Die Frage nach der Kostenaufteilung des Unterabschnittes auf Gesamtpersonalrat, Personalrat, Schwerbehindertenvertretung sowie Jugend- und Lehrlingsvertretung verneinte Frau Unger.

Unterabschnitt 0240 – Medien und Kommunikation

Herr Funke und Herr Dr. Furchert erläuterten die neue Organisation der Pressearbeit und verwiesen auf Seite 2 der Veränderungsliste der Kämmerei, auf der die Splittung auf 2 Unterabschnitte zu erkennen sei.

Die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung seien gestiegen, da sich der Bereich an stadinternen Messegeschäften und Beamerpräsentationen beteilige. Dies sei durch einen Stadtratsbeschluss befürwortet worden, erläuterten Herr Dr. Furchert und Herr Dr. Franke.

Die Verwaltung wurde gebeten, die abweichenden Zahlen bezüglich der Personalkosten in den Zuarbeiten zu überprüfen und eine schriftliche Klarstellung spätestens zur Abschlussberatung zu übergeben.

Unterabschnitt 0260 – Büro für Gleichstellungsfragen

Unterabschnitt 4370 – Frauenschutzhaus

Frau Schmotz erläuterte, dass die Ausgaben für die Zuschüsse für Gleichstellungsprogramme (bis 2002 im Unterabschnitt 4700 – Förderung der Wohlfahrtspflege) im Unterabschnitt 0260 eingegliedert seien.

Unterabschnitt 5510 – Förderung Olympiade 2012

Im Jahr 2003 wurden 450 T € für Olympia beschlossen. Davon entfielen 150 T € auf die Bildung eines Länderkomitees. Herr Schnell erläuterte auf Anfrage den aktuellen Stand sowie die Verwendung des im Haushaltsplanentwurf eingestellten Betrages in Höhe von 760 T € - vgl. Anlage 4.

Eine Information zu finanziellen Ausgaben des Büros Olympia 2012 wurde zu Beginn der Sitzung übergeben.

Frau Wolff stellte folgenden

Antrag: Die im Rahmen der Sportförderung vorgeschlagenen, gegenüber 2002 gekürzten Zuschüsse an Sportvereine und –verbände (Haushaltsstelle: 1.5500.718000) werden auf den Stand des vergangenen Jahres erhöht. Die dazu notwendigen Mittel in Höhe von 35.000 € werden der Haushaltsstelle 1.5510.588100 entnommen.

Es wurde auf einen ähnlichen Antrag des Sportausschusses verwiesen.

Herr Schnell legte dar, dass er einer Kürzung der Mittel zur Zuschusserhöhung an Sportvereine und –verbände verwaltungsseitig für machbar halte.

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig angenommen

Herr Schnell legte dar, dass es zur Abweichung zwischen Haushaltsplanentwurf und Zuarbeit OB-Bereich gekommen sei, da die intensiven Gespräche mit dem Land bezüglich der Förderungen noch nicht abgeschlossen seien. Das Land fördere über die Landesmarketing GmbH. Die Kosten für die Kommunikation seien zur Zeit noch nicht bestätigt. Die privaten Spenden werden in der Stiftung Sport gesammelt.

Fachbereich Büro der Oberbürgermeisterin - Vermögenshaushalt

Es wurde dargelegt, dass die Ausgaben des Unterabschnittes 0020 – Geschäftsstelle Stadtrat in Höhe von 75 T € für die Installation neuer Tontechnik im Festsaal eingepplant wurde.

Fachbereich Wirtschaftsförderung - Verwaltungshaushalt

Unterabschnitt 7910 – Wirtschaftsförderung

Der **Wirtschaftsförderungsausschuss** fasste in seiner Sitzung am 08.01.2004 folgenden

Antrag: In die Haushaltsstelle 1.7910.6550 sind zusätzlich 40.000 € einzustellen. Die Summe wird benötigt für den künftigen Geschäftsführer des MMZ. Der Gesamtbetrag für die Haushaltsstelle 1.7910.65500 soll dann 93.400 € betragen.

Diesem Antrag stimmte der Wirtschaftsförderungsausschuss einstimmig zu.

Herr Dr. Franke informierte über die Entwicklung und den aktuellen Stand der Besetzung der Geschäftsführerstelle MMZ.

In der Diskussion sprachen sich die Mitglieder des Ausschusses dafür aus, dass sie einen derartigen Vorratsbeschluss unter dieser Haushaltsstelle nicht für günstig halten. Außerdem sei vom antragstellenden Ausschuss keine Deckung für die Ausgaben benannt worden.

Herr Funke machte den Vorschlag, eine eigene Haushaltsstelle für die Ausgaben des Geschäftsführers MMZ zu bilden und diese vorerst mit 15 T € aus der Haushaltsstelle 1.7910.65500 zu decken.

Ergebnis: Der Antrag des Wirtschaftsförderungsausschusses wird in die Abschlussberatung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung vertagt.

Auf Nachfrage legte Herr Dr. Franke dar, dass sich die Erhöhungen der Haushaltsstelle 1.7910.620000 – weitere besondere Sachaufgaben u. a. auf einen Beschluss des Stadtrates vom 19.12.2002 stützen. Er machte Ausführungen zum Investorenpaket und avisierte eine Informationsvorlage für den Stadtrat.

Die Verwaltung wurde um eine schriftliche Zuarbeit zu den geplanten Ausgaben der Haushaltsstelle 1.7910.620000 – weitere besondere Sachaufgaben spätestens bis zur Abschlussberatung gebeten.

Unterabschnitt 8400 – Unternehmen der Wirtschaftsförderung

Herr Dr. Franke sagte auf Nachfrage aus, dass bezüglich der zu übernehmenden Aufgabe vom Halle Tourist e. V. durch die Stadtmarketing GmbH zur Zeit die Bestandsaufnahme durchgeführt werde. Im Laufe des ersten Halbjahres 2004 werde die neue Struktur aufgestellt werden.

Bezüglich des Wirtschaftsplanes 2004 führte er aus, dass dieser im 1. Quartal 2004 in Abstimmung mit dem Förderverein entwickelt werde.

Zum Stand der Erarbeitung des Tourismus- und Marketingkonzeptes wies Herr Dr. Franke darauf hin, dass Herr Meyer-Mertel alle relevanten Unterlagen von der Verwaltung erhalten habe und intensiv (allein ohne Personal) daran arbeite.

Frau Wolff stellte folgenden

Antrag: Da die Stadtmarketing GmbH Aufgaben des Halle Tourist e. V. übernimmt, wird die Streichung der Mittel für überschneidende Aufgabenbereiche beantragt.

Herr Dr. Franke äußerte, dass bei Zustimmung zum Antrag eine Zusammenarbeit mit dem Förderverein Stadtmarketing nicht mehr möglich sein werde.

Der Verwaltung wird angeraten, eine schriftliche Zuarbeit bis zur Abschlussberatung des Ausschusses für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung zu den Folgen des Antrages zu fertigen.

Ergebnis: Wiedervorlage in der Abschlussberatung

Herr Dr. Franke erläuterte, dass die lt. Wirtschaftsplan MMZ geplante Einstellung eines Betriebswirtes zum 01.01.2004 nicht vollzogen wurde und sagte aufgrund einer Bitte eine schriftliche Aufstellung über die Verwendung der Projektmittel bis zur Abschlussberatung zu.

Unterabschnitt 8420 – Kommunalen Handwerkerhof

Herr Dr. Franke hob auf Anfrage hervor, dass die Auslastung des Kommunalen Handwerkerhofes zur Zeit 87 % betrage und sich für die restlichen Flächen Interessenten gemeldet haben.

Fachbereich Wirtschaftsförderung – Vermögenshaushalt

Unterabschnitt 8400 – Unternehmen der Wirtschaftsförderung

Frau Wolff stellte folgenden

Antrag: Die in der Haushaltsstelle 2.8400.930100 006 Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet HAL-SK mbH und Co. KG eingestellten 300.000 € werden für die Sanierung der Hallenbäder (Haushaltsstelle 2.5700 zur Verfügung gestellt).

Frau Müller wies darauf hin, dass der Stadtrat einen zweiten Beschluss über 6 Mio. € gefasst habe und sagte eine Information an den Ausschuss sowie eine Ergänzung des Haushaltsplanes zu. (Antwort: Vorlagen-Nr.: III/2001/01510 vom 20.06.2001- vgl. Anlage 5)

Ergebnis: Wiedervorlage in der Abschlussberatung

(19:30 Uhr – Herr Godenrath verließ die Sitzung.)

Geschäftsbereich I – Zentraler Service

DV-Koordination

Unterabschnitt 0210 - Team DV

Unterabschnitt 7740 - Hilfsbetrieb der Datenverarbeitung

Unterabschnitt 0210 - Stabsstelle DV-Koordination

Herr Strohmeyer gab Erläuterungen auf kleinere Nachfragen.

Fachbereich Organisations- und Personalservice

Unterabschnitt 0211 – Ressort Organisation

Herr Funke wies darauf hin, dass die Vergabe einer externen Organisationsuntersuchung des Fachbereiches 61 – Stadtentwicklung und Stadtplanung im Vergabeausschuss gescheitert sei.

Die Verwaltung wurde bis zur Abschlussberatung um eine schriftliche Aufstellung der externen Gutachten für das Jahr 2003 mit Stand 31.12.2003 gebeten.

Unterabschnitt 0830 – Betriebsärztlicher Dienst

Herr Lönnecke erklärte, dass eine Jugendärztin (aus Unterabschnitt 5010) und eine Schwester die Aufgaben des Betriebsärztlichen Dienstes zu 50 % übernehmen. Diese Veränderungen seien haushaltsneutral.

Fachbereich Finanzservice

Es wurden keine Nachfragen gestellt.

Fachbereich Liegenschaften

Unterabschnitt 6801 – Parkeinrichtung Schimmelstraße

Frau Herrmann wies darauf hin, dass der Unterabschnitt in Parkeinrichtungen umbenannt werde, da ein Parkplatz in der Turmstraße (ehemaliges Mafa-Gelände) dazugekommen sei.

Unterabschnitt 8800 – Wohn- und Geschäftsanwesen

Frau Herrmann zeigte auf, dass es sich bei diesen geplanten Ausgaben um Mittel für die Sicherung von Ordnung, Sicherheit (z. B. Baumfällung) und Sauberkeit von 44 km² handele.

Unterabschnitt 8810 – Unbebaute Grundstücke

In diesem Unterabschnitt seien die Ausgaben für die Bewirtschaftung der unbebauten Grundstücke, z. B. Niederschlagsgebühr, Grundsteuer usw. geplant, erläuterte Frau Herrmann. Die entsprechenden Bescheide liegen vor.

Fachbereich Recht

Unterabschnitt 0230 – Rechtsangelegenheiten

Herr Dr. Brümmer legte aufgrund einer Nachfrage dar, dass die Gerichtskosten an die tatsächlichen Kosten lt. IST der vergangenen Jahre angepasst wurden, damit Nachtragsanträge vermieden werden können.

Die Versicherungskostenerhöhungen ergeben sich aufgrund der Umlage des KSA SA.

Unterabschnitt 0360 Regelung offener Vermögensfragen

Die geplanten Ausgaben für Gutachter- und Gerichtskosten seien, wie im Unterabschnitt 0230, an das IST angepasst worden.

Zentrales Gebäudemanagement

Wiedervorlage in der Abschlussberatung

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Protokoll:

Es wurden keine Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt gestellt.

zu 5 Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Auf Anfrage von Frau Krischok sagte die Verwaltung eine Zuarbeit über die Kasseneinnahmereste 2003 für die kommende Sitzung zu. Ebenfalls soll in der Sitzung eine Aussage dazu getroffen werden, bis zu welcher Sitzung eine Aufstellung über die Haushaltsausgabereste übergeben werden könne.

zu 6 Beantwortung von Anfragen

zu 7 Anregungen

zu 8 Mitteilungen

Protokoll:

Zu den Tagesordnungspunkten 6 – 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Armin Voß
Vorsitzender des
Ausschusses

Dieter Funke
Beigeordneter
Zentraler Service

Martina Beßler
Protokollantin
Referentin